

Arbeitsgruppe Verwaltung

Eine zugängliche Gemeinde, wo es sich gut leben und arbeiten lässt

Die Arbeitsgruppe (AG) Verwaltung schlägt eine für die gesamte Bevölkerung zugängliche Verwaltung vor. Sie versteht darunter die Schaffung eines Online-Schalters sowie die Bereitstellung von einladenden und dezentralen, physischen Schaltern. Sie unterbreitet die Idee eines Heimservice für Personen mit eingeschränkter Mobilität. Die AG spricht sich für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen sämtlicher Gemeindeangestellten aus und befürwortet eine Offensive im Bildungsbereich: Die fusionierte Gemeinde soll mehr Lehr- und Praktikumsstellen sowie eine solide Weiterbildung anbieten. Die Mitglieder der AG erachten das Konzept einer Verwaltung ohne Papier und mit virtuellen Dossiers als unerlässlich, um die Qualität der Dienstleistungen im Kontext der Dezentralisierung zu erhalten. Bereits im Juni 2018 sprach sich die konstituierende Versammlung Grossfreiburgs für eine Beschäftigungsgarantie für alle Gemeindeangestellten aus.

Die Arbeitsgruppe (AG) Verwaltung beschäftigte sich während sechs Sitzungen mit der Ausarbeitung ihres Berichts. Die AG schlug noch vor Aufnahme ihrer Überlegungen eine Beschäftigungsgarantie für das Gemeindepersonal vor. Die konstituierende Versammlung sprach diese Garantie im Juni 2018 aus. Für die weiterführenden Arbeiten verfolgte die AG die Idee einer Gemeinde, in der es sich gut leben und arbeiten lässt: Die neu vereinte Gemeinde muss einerseits hochwertige Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger und andererseits attraktive Arbeitsbedingungen für ihre Angestellten bieten.

Die AG erachtet es als unerlässlich, dass die Dienstleistungen der Verwaltung für die gesamte Bevölkerung zugänglich sind. Sie versteht darunter die Schaffung eines Online-Schalters, welcher der Bevölkerung ermöglicht, einen Grossteil der Verwaltungs-Prozesse von zu Hause aus durchzuführen. Die Online-Dienstleistungen sind zwingend durch einladende, physische Schalter zu ergänzen, und zwar dezentralisiert in allen aktuellen Gemeinden. Die physischen Schalter müssen nicht durchgehend geöffnet sein, es sollten jedoch erweiterte Öffnungszeiten am Morgen, über Mittag oder am Abend angeboten werden. Die AG schlägt zudem vor, einen Heimservice einzurichten, um insbesondere auf die

Bedürfnisse von Personen mit eingeschränkter Mobilität eingehen zu können.

Zugänglichkeit ist auch eine Frage der Information. Die AG erachtet es somit als notwendig, dass die Gemeinde eine Informationspolitik ausarbeitet, die an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet ist. Informationen müssen über geeignete, ergänzende Kanäle vermittelt werden und thematisch leicht auffindbar sein. Die Informationspolitik muss zudem den Gemeindeangestellten ermöglichen, proaktiv zu handeln, damit sie die Einwohnerinnen und Einwohner, Organisationen sowie Wirtschaftsakteure in ihren Anliegen unterstützen können. Sie sollte dem Personal ausreichende Kenntnisse vermitteln, sodass es den Bedürfnissen zuvorzukommen und relevante Zusammenhänge mit anderen Diensten der fusionierten Gemeinde herstellen kann.

Die AG Verwaltung spricht sich für eine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen für alle Gemeindeangestellten aus. Angesichts der im Juni 2018 von der konstituierenden Versammlung ausgestellten Beschäftigungsgarantie betrifft das mehr als 770

Beschäftigte (Vollzeitäquivalent VZÄ) und Auszubildende.

Eine ausbildende Gemeinde

Die AG schlägt vor, den Anteil der Lernenden deutlich zu erhöhen, damit die fusionierte Gemeinde ihre Rolle als Ausbildungsstätte aktiv gestalten kann. Die Gemeindeverwaltung von Matran, die zurzeit drei Lehrstellen auf zehn VZÄ zählt, dient hierzu als Beispiel. Die AG vertritt die Ansicht, dass Lehrstellen auch Migranten, Personen mit Behinderungen oder in beruflichen Wiedereingliederungsprogrammen angeboten werden müssen. Zusätzlich soll die neue Gemeinde jungen Menschen bezahlte Praktikumsstellen bieten, sodass sie am Ende ihrer Ausbildung erste Berufserfahrungen sammeln können. Schliesslich soll das gesamte Personal die Möglichkeit zur Weiterbildung haben, damit jede Person ihre Kenntnisse erweitern und sich in ihrer Funktion weiterentwickeln kann.

Die Fusion Grossfreiburgs bietet zudem die Gelegenheit, dem gesamten Personal eine professionelle Personalabteilung zur Verfügung zu stellen. Die AG versteht darunter die öffentliche Ausschreibung aller Stellen, Lohngleichheit, die Förderung des

Gleichgewichts zwischen Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten und -plätze, 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sowie gleiche Bedingungen für Adoptivfamilien. Spezifische Leistungen können mit dem Arbeitsgeber verhandelt werden und kommen allen Gemeindeangestellten zugute.

Papierlose Verwaltung

Die neue Gemeinde wird dezentralisiert organisiert sein und das Personal stellt das zentrale Bindeglied zur Bevölkerung dar. Die AG schlägt eine papierlose Verwaltung vor, damit sie ihrer Rolle vollumfänglich gerecht werden kann. Die Infrastruktur soll den Angestellten ermöglichen, von jedem Standort der Verwaltung auf virtuelle Dossiers zuzugreifen und die Datenverarbeitung zu vereinheitlichen.

Was die Neuorganisation der Gemeinde betrifft, empfiehlt die Arbeitsgruppe besonders die spezifischen Aufgaben der Verwaltung auszuarbeiten, ohne die örtlichen Besonderheiten zu vernachlässigen. Sie empfiehlt, die Angestellten in die laufenden Überlegungen einzubinden.

Gemeindepersonal (Stand Juni 2018)

Gemeinde	Auszubildende	VZÄ
Avry	2	11
Belfaux	1	13
Corminboeuf	0	12
Freiburg	20	514
Givisiez	0	15
Granges-Paccot	1	21
Marly	2	73
Matran	3	9
Villars-sur-Glâne	3	87
	32	755